

2016: Lobbying für Waffenhandelskontrolle

Für eine verbesserte Kontrolle und Eindämmung des internationalen Waffenhandels sowie der österreichischen Beteiligung an diesem Handel arbeitete der Internationale Versöhnungsbund-Österreichischer Zweig (IVB-ÖZ) auch im Jahr 2016 gemeinsam mit österreichischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), insbesondere mit OMEGA/IPPNW Austria (Österreichische MedizinerInnen gegen Gewalt und Atomgefahren). Zugleich erfolgte inhaltlicher Austausch mit mehreren europäischen und internationalen NGOs, neben Amnesty International v.a. Oxfam und Saferworld, die auch die „Control Arms Coalition“ mittragen.

An der 2. Konferenz der Vertragsstaaten des Internationalen Waffenhandelskontrollvertrags (Arms Trade Treaty, ATT), der erstmaligen völkerrechtlich bindenden Vereinbarung von Mindeststandards für den Handel mit konventionellen Waffen, nahmen Ende August in Genf 73 Vertragsstaaten, 30 Unterzeichnungsstaaten und 5 beobachtende Staaten teil. Positiv hervorzuheben ist, dass die Teilnahme auf hochrangiger Ebene erfolgte und in den Sitzungen die aktive Beteiligung auf geographisch breiter gestreuter Basis als bisher ausfiel. Außerdem sind die Arbeitsgruppen weiterhin für eine volle Beteiligungsmöglichkeit von Organisationen der Zivilgesellschaft offen gehalten worden, trotz gegenteiliger Bemühungen mancher Regierungen. Der entscheidende inhaltliche Fortschritt war das Übereinkommen über das Aufgabengebiet und die Satzung des „Freiwilligen Treuhandfonds“ (Voluntary Trust Fund, VTF), dem eine Schlüsselrolle für die Unterstützung vieler Entwicklungsländer zur wirksamen Umsetzung der ATT-Bestimmungen zur Kontrolle des Waffenhandels zukommt.

Gemeinsam mit OMEGA/IPPNW hat der österreichische Versöhnungsbund in einem Brief an das Außenministerium Österreichs jedoch auch folgende Kritik der internationalen Zivilgesellschaft betreffend die ATT-Umsetzung vorgebracht:

- Erstens, die Vertragsstaaten haben noch immer keine eindeutige Verpflichtung zur Veröffentlichung ihrer jährlich vorzulegenden ATT-Berichte über ihre Waffenausfuhren und –einfuhren beschlossen.
- Zweitens, etliche Vertragsstaaten, insbesondere der großen Waffenexportländer, haben den Vorschlag einiger Staaten Lateinamerikas, u.a. Perus, blockiert, dass die jährlichen ATT-Berichte der Vertragsstaaten Informationen enthalten sollen, auf welcher Basis die Beurteilung des Risikos der Menschenrechtsverletzungen erfolgt, und dass in diesem Bereich eine enge Zusammenarbeit mit dem Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte hergestellt werden soll.
- Drittens, das Fehlen einer offenen, von den Organisationen der Zivilgesellschaft eingeforderten Diskussion im Rahmen der Plenarversammlung der Vertragsstaatenkonferenz über die Waffenlieferungen durch ATT-Vertragsstaaten (wie insbes. Großbritannien und Spanien) an Saudi-Arabien trotz der offenen militärischen Intervention im Jemen. Namentlich kritisierte Staaten wie Großbritannien und Frankreich haben in ihren Stellungnahmen nicht auf die Kritik geantwortet – und mit Ausnahme Sambias hat kein anderer Vertragsstaat in seinen Wortmeldungen auf diese Transfers Bezug genommen.

In Antwort auf diesen Brief gab es Anfang Jänner 2017 eine kurze Aussprache mit der zuständigen Fachabteilung des Außenministeriums, in der es zusätzlich auch um die möglichen Auswirkungen einer Änderung der US-Präsidentschaft auf den ATT-Prozess ging.

Februar 2017

thomas reininger